



## Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 21.06.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1

Alter Fachklassentrakt im Innenstadtcampus -  
Stilllegung

Vorl.Nr. 233/17

---

#### Beschluss:

1. Der Alte Fachklassentrakt wird spätestens mit Beginn des Schuljahres 2019/20 nicht mehr für schulische Zwecke genutzt und danach abgebrochen.
2. Die Verwaltung und die Schulleitungen prüfen inwieweit bereits Klassen oder Jahrgangsstufen vorzeitig das Gebäude des Fachklassentraktes verlassen können. Dabei muss der Schulbetrieb des gesamten Innenstadtcampus sichergestellt bleiben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Schulentwicklungsplanung die Raumbedarfe auf dem Innenstadtcampus zu identifizieren und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Unter großem öffentlichem Interesse begrüßt EBM Seigfried die Anwesenden. Er informiert, dass im Vorfeld ein Team des SWR gefilmt habe. Eine Dreherlaubnis während der Sitzung sei nicht erteilt worden. Nachdem es keine Änderungswünsche der Tagesordnung gibt, steigt EBM Seigfried in die Tagesordnung ein und gibt das Wort zu TOP 1 an Herrn Wittmann (FB Bildung und Familie) weiter. Herr Wittmann berichtet, dass am 9.5.2017 eine Informationsveranstaltung stattgefunden habe. Es gebe zum einen den Wunsch auf schnellstmögliche Räumung des Gebäudes, zum anderen die angespannte Schulraumsituation. Ab Sommer 2019 werde die Stilllegung und danach der Abbruch erfolgen. Eine frühere Räumung des Gebäudes werde geprüft. Auf die Justinus- Kerner Schule, die Gemeinschaftsschule Innenstadt und alle Schulen im Innenstadtcampus werde dies Auswirkungen haben. Ab Sommer 2019 sei der zweite Bauabschnitt des Goethe- Gymnasiums fertiggestellt und somit könne der Alte Fachklassentrakt zumindest kurzfristig ersetzt werden. EBM Seigfried fügt weiter hinzu, dass er die Sorge der Eltern verstehen könne. Die Räumung werde zum Sommer 2019 erfolgen, da zu diesem Zeitpunkt genügend Räume zur Verfügung stünden. Die Schulräume seien unter Einhaltung eines Lüftungsmanagements nutzbar. Der Abriss erfolge nicht nur aufgrund der Schadstoffbelastung, sondern auch wegen des Sanierungszustandes des Gebäudes. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.



feststellen, dass es sich lohne, wenn Menschen organisiert sich für ihr Interesse einsetzen.

TOP 1

Alter Fachklassentrakt im Innenstadtcampus -  
Stilllegung

Vorl.Nr. 233/17

---

EBM Seigfried ergänzt, dass die Stadt zahlreiche Schulen und Kindertageseinrichtungen habe. In den letzten Jahren sei in diesem Bereich viel saniert worden unter anderem Schulen mit erheblichem Sanierungsrückstand, Brandschutzmaßnahmen, Schulergänzungsmaßnahmen, wie Neubau von Mensen. Das Bildungszentrum West habe ebenso Sanierungsbedarf und Schadstoffbelastung. Auch dort werde momentan nur begrenzt in die Sanierung investiert. Als Treuhänder über öffentliche Steuergelder solle in Gebäude die abgerissen werden sollen, nicht investiert werden. Nach der Messung des Fachklassentraktes nach dem Brand, indem Dioxine untersucht worden seien, habe man guten Gewissens das Gebäude weiter betrieben. In Ludwigsburg habe man die Devise schadstoffarme beziehungsweise schadstofffreie Schulen zu haben. Es sei sehr schwierig eine PCB Belastung durch Sanierungsmaßnahmen zu verringern. Das funktioniert letztlich nur mit einem Abbruch. Im Bildungszentrum West werden zum nächstmöglichen Zeitraum Maßnahmen erfolgen. Die Maßnahmen in der Innenstadt dürfen die Sanierungsmaßnahmen im Bildungszentrum West nicht tangieren. Es werde aus seiner Sicht in der Innenstadt kein Ersatzbau erstellt, wenn deshalb die Sanierung im Bildungszentrum West darunter leide. Im Innenstadtcampus könne man in einem überschaubaren Zeitraum die notwendigen Kapazitäten zur Verfügung stellen, auch gegebenenfalls provisorisch. Im Anschluss lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

TOP 2

TSV Ludwigsburg e.V. - Zusätzlicher  
Baukostenzuschuss für den Umbau der Kegelbahn  
in einen Gymnastikraum

Vorl.Nr. 196/17

---

### **Beschluss:**

Der TSV Ludwigsburg e.V. erhält für den Umbau seiner Kegelbahn in einen Gymnastikraum aufgrund der zusätzlich entstandenen anrechenbaren Kosten in Höhe von 15.418 € einen weiteren Zuschuss gemäß der städtischen Sportförderrichtlinien von 50 % der Kosten, höchstens jedoch 7.700 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat von Stackelberg

Beratungsverlauf:

Nachdem auf Sachvortrag sowie Aussprache verzichtet wird, lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

Der Minifit-Etat für städtische Kitas wird um 8.250 € pro Jahr erhöht - beginnend ab dem Kindergartenjahr 2017/2018.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried ruft TOP 3 auf und gibt das Wort an Herrn Dahler (FB Sport und Gesundheit) weiter. Herr Dahler stellt das MINIFIT- Programm vor. Das Programmheft wird dem Gremium zur Ansicht ausgeteilt. MINIFIT habe zwei große Bereiche. Es sei ein Netzwerk auf der Arbeits- wie auch der Steuerungsebene. Der weitere Bereich sei das MINIFIT- Gesundheitspräventionsprogramm für Kinder wie auch Erzieher/-innen. Aufgrund der hohen Nachfrage mussten in den letzten Jahren leider Absagen erteilt werden. Er bittet um Erhöhung des MINIFIT Etats um 8.250.--Euro.

Weiter führt Stadträtin Dr. Traub aus, dass MINIFIT eine wichtige Rolle im Rahmen der kommunalen Gesundheitsförderung spiele. Sie spricht ein großes Lob an diese nachhaltige Arbeit in diesem Bereich. 73 Kindergärten nehmen an diesem Programm teil, darunter 20 städtische Einrichtungen. Bei 34 angebotenen Modulen seien 18 Module kostenlos. Der Mehrbedarf müsse differenziert gesehen werden, da die Bewegungsmodule komplett ausgebucht und Absagen erteilt worden seien. Im Gegensatz sei für das zweite Modul nicht alles verwendet worden. Sie sei für eine Zusammenführung. Es sei nicht in allen Bereichen der Bedarf erhöht. Die örtlichen Vereine profitieren von der Kooperation. Die Kosten der einzelnen Angebote seien sehr unterschiedlich. Wenn freie Auswahl erlaubt werde, dann solle eine Deckelung erfolgen. Unklar sei ihr wie 9.750.--Euro die Finanzierung von 30 Angeboten trage und 8250.--Euro lediglich 15 Angebote. Zudem befürworte sie die Aufnahme der anderen Träger in den Beirat und eine Erhöhung des Etats. Die Krankenkasse MH plus wolle deutschlandweit eine modifizierte Form von MINIFIT vertreiben. Sie stellt die Frage, ob der Bedarf auch durch eine kleinere Erhöhung gedeckt werden könne.

Stadtrat Kasdorf dankt für den präzisen Vortrag. Die frühe gesundheitliche Bildung und Förderung von Kindern sei sinnvoll. Die Fraktion könne Lob erteilen. Bedauerlich sehe er die Absagen. Er wolle noch wissen, ob das Angebot allen Kindern zur Verfügung stehe. Der Vorlage werde gerne zugestimmt.

Ebenso lobende Worte erteilt Stadträtin Faulhaber. Der Verein MTV beteilige sich seit Jahren an dem Programm. Sie bewundere das große Netzwerk. Der Vorlage werde gerne zugestimmt.

Stadtrat Weiss unterstützt gerne die Vorlage. In der Vergangenheit habe er dies bereits im Jahre 2009 im Masterplan eingebracht. Er sehe die präventive Vorsorge generell als wichtig. Der Fachbereich Sport und Gesundheit sei noch zu schwach besetzt. Die Koordination der verschiedenen Angebote sei sinnvoll. Sport und Gesundheit sehe er für Körper und Geist sehr wichtig.

Stadtrat Heer und Stadtrat Kube teilen mit, dass sie der Vorlage ebenso zustimmen werden.

TOP 3

MINIFIT - Erhöhung des Etats

Vorl.Nr. 202/17

---

Herr Dahler geht auf die offenen Fragen ein. Momentan seien beide Module finanziell getrennt, dies solle vereint werden. Das Ziel sei die Kontingente abzuschaffen. Die Kindertagesstätten sollen bedarfsgerecht auswählen können. Herr Dahler erklärt die Berechnung, wie er auf den Erhöhungsbetrag von 8.250.--Euro komme. Es gebe 45 kostenpflichtige Angebote. Die kostenpflichtigen Angebote sollen angehoben werden, aber gedeckelt bei 400.--Euro. Kostenpflichtig seien die Angebote lediglich für den Träger, nicht für die Kinder und Familien.

Stadtrat Meyer wolle nochmals auf die Finanzierungsfrage eingehen. Er wolle das MINIFIT-Programm unterstützen. Er sehe die Einigkeit im Gremium für dieses Projekt. Er befürworte, dass in einem Jahr erneut über den Verbrauch informiert werde. Zudem bitte er darum, dass solche Themen in die Haushaltsberatungen eingebracht werden.

Herr Dahler berichtet, dass die Buchungen in den letzten Jahren sehr unterschiedlich gewesen seien. Der Vorschlag, in einem Jahr zu informieren, sei gut.

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit merkt an, dass man auch in andere Richtungen denken solle. Je mehr Bewegungs-/ Freiflächen anderen Bereichen, wie Autoverkehr überlassen werde, müsse mehr für Kinder inszeniert werden.

EBM Seigfried erwidert, dass dies ein weites Thema sei, das nicht über MINIFIT geregelt werden könne. Im Anschluss lässt er über die Vorlage abstimmen.

TOP 4

HEIMVORTEIL/Erstwohnsitzkampagne für Studierende Zwischenbericht und Projektverlängerung

Vorl.Nr. 241/17

---

### **Beschluss:**

Die bisherige Erstwohnsitzkampagne „Heimvorteil“ wird ab 2018 nicht mehr durchgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, ein neues Konzept für eine dauerhafte Erstwohnsitzkampagne für Studierende zu entwickeln und dem BSS spätestens im vierten Quartal 2017 zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried begrüßt Herrn Schindler (FB Bürgerdienste) und Frau Schuster (Stadtmarketing). Dieses Thema sei bereits verschiedentlich diskutiert worden. Es sei eine Erstwohnsitzkampagne  

---

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 21.06.2017

für Studierende. Die Studentenzahl sei von 6.000 auf 10.000 angestiegen. Im Feld der Studierenden, mit Blick auf die ausgeprägte Hochschullandschaft, wolle man eine stärkere

TOP 4

HEIMVORTEIL/Erstwohnsitzkampagne für  
Studierende Zwischenbericht und  
Projektverlängerung

Vorl.Nr. 241/17

---

Bindung an Ludwigsburg erreichen. Ziel sei aktiv auf Studierende zuzugehen, sowie eine Marke „Heimvorteil“ zu entwickeln, Kooperation mit den Hochschulen auszuweiten, Gewinnung des lokalen Handels, Bewusstsein für Ludwigsburg als Hochschulstadt bei den Bürgern, Studierenden, Handel und Gewerbe stärken, sowie die Möglichkeiten der Steuerzuweisung zu erhalten. Die Ziele seien nicht alle erreicht worden. Von der Kampagne habe man sich mehr versprochen. Die Heimvorteilkampagne und die Beauftragung der Firma AMARETIS solle eingestellt werden. Der Auftrag an die Verwaltung sei eine neue Kampagne in einer anderen Form zu entwickeln.

Herr Schindler ergänzt, dass er die Kampagne immer unterstützt habe. Verschiedene Maßnahmen seien eingeleitet worden, allerdings haben diese nicht zum erhofften Erfolg geführt. Bevor ein neues Konzept entwickelt werde, wolle man die Meinung des Gremiums einholen.

EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Meyer sieht es als gut, dass dieser Vorschlag von der Verwaltung komme. In Ludwigsburg funktioniere dieses System nicht. Der Ausschuss habe dies kritisch betrachtet. Manche Gründe müssen zur Kenntnis genommen werden. Dies sei der Wohnungsmangel, die Wohnkosten, die Regionalität mehrerer Hochschulen und die Hochschulstandorte seien zum Teil im Ludwigsburger Randbereich. Die Studierenden pendeln mit dem PKW oder öffentlichen Verkehrsmitteln. Er empfinde es gut, dass die Kampagne hinterfragt werde und mit LUIS und dem Stadtmarketing zusammengearbeitet werde. Ihn interessiere noch die Vorstellung der Finanzierungshöhe. Sinnvolles Ziel sei die Bindung an Ludwigsburg. Dies könne er sich durch ein Erstsemesterfest in der Innenstadt, studentischer Gastroabend oder Stadtführungen vorstellen. Die Attraktivität müsse gesteigert werden. Zudem könne bei Veranstaltungen an der Hochschule ein Infostand vor Ort sein. Er wünsche viel Erfolg bei der Erstellung neuer Konzepte.

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit merkt an, dass sich der Ausstieg in der letzten Zeit bereits abgezeichnet habe. Die Hälfte der Studierenden seien an der PH. Es gebe in Baden-Württemberg sechs pädagogische Hochschulen. Die Studenten seien nicht dringend auf den Wohnraum in Ludwigsburg angewiesen. Sie finde die Zusammenarbeit mit dem Stadtmarketing als gut. Als Vorschlag bringe sie das Einbeziehen der Erstsemesterbetreuer ein.

Der Aufwand und Ertrag stehe nicht im Verhältnis zueinander, so Stadtrat Daferner. Somit sehe er die Absetzung als richtig. Er könne sich seinen Vorrednern anschließen. Ludwigsburg habe nicht das typische Universitätsklientel. In enger Abstimmung mit den Hochschulen sollen neue Ideen entwickelt werden. Er hoffe auf einen kostengemäßen Vorschlag.

Lobende Worte findet Stadträtin Moersch für den Fachbereich. Ihre Fraktion sei von der Kampagne nicht überzeugt gewesen. Bei genauer Betrachtung der erfolgreichen Erstwohnsitzkampagnen stellt man fest, dass es meistens um Geldbeträge gehe. 100.--bis 120.--Euro seien hohe Beträge für Studierende, ebenso attraktive Gewinne. Die Anmeldung solle niederschwellig sein. Mehr brauche man nicht. Eine sinnvolle Kampagne sei wichtig. Ludwigsburg sei eine attraktive Stadt. Die Kampagne solle die Bindung an die Stadt stärken. Ein Fest für die Studenten, unmittelbare und direkte Antworten, schnelle Zusagen seien wichtig. Die Kampagne sei zu wenig bekannt gewesen.

Die Idee im Grundsatz sei richtig gewesen, so Stadtrat Heer, habe aber leider bei den Studenten nicht gezündet. Die Gründe seien vielschichtig. Das Wohnraumthema sei sicherlich mit

entscheidend. An den mangelnden Anreizen habe es nicht gelegen. Die Studenten sollen weiterhin im Fokus bleiben. Dennoch gebe es weitere wichtige Personengruppen. Der Fokus solle auf mehrere Gruppen gerichtet werden. Er sehe ein Potential auch beim Zuwachs der

TOP 4

HEIMVORTEIL/Erstwohnsitzkampagne für  
Studierende Zwischenbericht und  
Projektverlängerung

Vorl.Nr. 241/17

---

Arbeitsplätze und den Arbeitnehmern, die ihren Wohnsitz nach Ludwigsburg verlegen.

Stadtrat Kube merkt an, dass die Studierende zahllose Flyer, die nicht beachtet werden, erhalten. Die Kampagne müsse sich unter den Studenten herumsprechen, dann könne dies erfolgreich sein.

Der Wohnungsmarkt in Ludwigsburg sei ein Hemmnis, so Stadtrat Prof. Vierling. Er merkt an, ob nicht hier angesetzt werden könne. Zudem wolle er wissen, ob es Modelle einer Zusammenarbeit im Neubau und Ausbau von Studentenwohnheimen gebe, so dass Studenten nicht auf den freien Wohnungsmarkt angewiesen seien.

EBM Seigfried merkt an, dass der knappe Wohnungsmarkt in vielen Städten bekannt sei. Die Wahl des Erstwohnsitzes sei davon nicht abhängig. Der Anreiz müsse verstärkt werden. Unabhängig davon müsse der Wohnungsmarkt betrachtet werden. EBM Seigfried teilt mit, dass die temporäre Nutzung von Wohnraum im Rahmen der Kampagne nicht erfolgreich gewesen sei. Intensiv müsse über den unmittelbaren Zusammenhang eines unmittelbaren, naheliegenden, wenig aufwendigen Vorteils nachgedacht werden. Zudem solle eine stärkere Bindung der Bürger etabliert werden. Die Filmakademie beispielsweise werde zu wenig wahrgenommen. Es gebe drei Möglichkeiten einzugreifen, um die Erstwohnsitzquote zu erhöhen. Dies sei zum einen, das eine Verschärfung des Melderechts erfolgen könne oder das Stadtmarketing verbessern, sowie gezielt bestimmte Gruppen anzusprechen. Die Quote der Nebenwohnsitze sei von 4,22% im Jahre 2006 auf 3,2% im Jahre 2016 reduziert.

Stadtrat Weiss fügt hinzu, dass mehr Wohnraum gebraucht werde.

Im Anschluss lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.